

# Danziger Zeitung.

No 17159

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-spaltigen gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. Juli. (W. Z.) Dem Vernehmen nach reist der Kaiser am 13. Juli Abends nach Kiel. Er verweilt daselbst einen Tag und tritt darauf die Seereise nach Petersburg an, wo er am 18. Juli Abends ankommen wird. Auf der Seereise wird nur ein ganz kleines Gefolge den Kaiser begleiten, darunter der Graf Herbert Bismarck, Generaladjutant v. Wittich und ein Flügeladjutant. Auch der hier attachirte russische General Kutusow soll sich anschließen. Das übrige Gefolge begiebt sich am 17. Juli Morgens mittels Hofzuges über Emdenhafen nach Petersburg.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 7. Juli.

### Hofhistoriograph und Todtenrichter.

Auch Herr Prof. Dr. v. Treitschke, der preussische Hof-Historiograph und, wie seine Verehrer behaupten, der erste der lebenden Geschichtsschreiber, nach dem Tode der Droysen und Ranke, hat das Bedürfnis oder die Pflicht empfunden, an dem Schmerzens-Gericht Theil zu nehmen, welches die Feinde des Kaisers Friedrich auf dessen Grabe abhalten, und mit eigener Hand das Andenken eines der Edelsten, die je auf Fürstenthronen gesessen haben, zu verkleinern. Unter der Ueberschrift „Zwei Kaiser“ veröffentlicht Herr v. Treitschke in den „Preussischen Jahrbüchern“, die auch bessere Zeiten gesehen haben, einen Aufsatz, der die Regierung Kaiser Friedrichs in vollster Seelenharmonie mit dem Stöcker'schen „Reichs-Boten“ und der Hammerstein'schen „Arenu-3tg.“, den „Dresdener Nachr.“ u. s. w. würdigt. Herr v. Treitschke also schreibt:

„Die Regierung des sterbenden Kaisers konnte nur eine traurige Episode der vaterländischen Geschichte werden, traurig durch die namenlosen Leiden des edlen Kranken, traurig durch das läugerliche Treiben des englischen Arztes und seiner unfauberen journalistischen Spießgesellen, traurig durch die Frechheit der deutsch-freireiwilligen Partei, die sich begehrt, an den Kaiser herandrängte, als ob er selber zu ihr gehörte, und einmal doch einen Erfolg, den Sturz des Ministers v. Puttkamer, erreichte.“

Das ist alles; von den Erlassen des Kaisers an sein Volk und an den Reichskanzler, von den Botschaften an den Reichstag und an den Landtag, von den zahlreichen Rundgebungen auf den Gebieten der Wissenschaft und Kunst hat Herr v. Treitschke keine Kenntnis erhalten. Der erste der deutschen Geschichtsschreiber erniedrigt sich zum Nachbeten der leeren Phrasen und Verlegenheitsausreden, welche die reactionäre Tagespresse erfunden hat, um die Liberalen, welche ihre Hoffnung auf die Regierung des Kaisers Friedrich gesetzt hatten, der Liebedienerei zu verdächtigen!

Und an einer anderen Stelle sagt der „Hofhistoriograph“:

„Doch in dem langen Stillleben verlor der Kronprinz zuweilen die Fühlung mit der gewaltig auftretenden Zeit und konnte ihren neuen Gedanken nicht mehr recht folgen.“

Und welcher Art sind diese neuen Gedanken?

„Die antisemitische Bewegung, deren Grund doch allein in der Selbstüberhebung der Judenheit lag, meinte er mit einigen Worten jörnigen Tadel abzu thun.“

Herr v. Treitschke hat Recht. Kaiser Friedrich hielt die Stöcker'sche Judenhetze für eine der deutschen Nation und dem Jahrhundert angehörende Schmach und hielt nichts von den Gelehrten, die dem Hofprediger Stöcker mit einem verächtlichen Hinweis auf die „hofenverkauften Tüfelingen“ zu Hilfe kamen, wie das Herr v. Treitschke in denselben „Preussischen Jahrbüchern“ passirt ist.

Der zweite Fall, wo Kaiser Friedrich die Fühlung mit der gewaltig auftretenden Zeit verloren, trat nach Herrn v. Treitschke ein, als er die Königsberger Studenten vor den Gefahren des Chauvinismus warnte — einer Empfindung, von der unser Hofhistoriograph behauptet, dieselbe sei nach zwei Jahrhunderten des Weltbürgerthums den Deutschen so fremd wie ihr wälscher Name. Was sagte der Kronprinz Friedrich Wilhelm am 5. Juni 1885 als Rector der Königsberger Universität Albertina:

„Gegen wir dafür, daß die Deutschen von jeder Ueberhebung fern bleiben; eine solche ist undeutsch. Für ihre Betheiligung in dem Töne und Sinne, den wir bei anderen Nationen öfter bitter getadelt, fehlt uns sogar der Ausdruck, den wir erst einer fremden Sprache entlehnen.“

Nach diesen Stichproben kann allerdings niemand mehr daran zweifeln, daß der Kaiser Friedrich kein Gesinnungsgenosse der Herren v. Treitschke und seiner Freunde war. Aber wer hätte es für möglich gehalten, daß diese Leute, dieser Hofhistoriograph so offen und so bald und in so cynischer Weise sein Herz ausschütten würde?

Wenden wir uns ab von diesem widerlichen Schauspiel zu einer hier zu wohlthuendem Gegenstande stehenden beherzigenswerthen Stimme aus national-liberalem Lager, nämlich die war, welche wir gestern zu citiren Veranlassung hatten.

Wir haben heute Morgen bereits kurz erwähnt, wie die Münchener „Allg. 3tg.“ die Behauptung der „Nordd. Allg. 3tg.“ entliehen dementirt, wonach Kaiser Friedrich als Kronprinz den Ausspruch gethan haben sollte, daß er, wenn Krebs an ihm constatirt sei, die Regierung nicht antreten werde. Das Münchener angeführte Blatt bemerkt das weitere:

„Der Ausspruch hätte ja in die Zeit zwischen seiner Ankunft in Toblach und seiner Rückreise als Kaiser von San Remo fallen müssen. Vorher war gewiß kein Anlaß zu einer solchen Erklärung gegeben. Aber keine der Persönlichkeiten, gegen

die er allenfalls in jenem Zeitraum eine solche Aeußerung hätte thun können, weiß etwas von einer solchen oder hält sie auch nur entfernt für wahrscheinlich. Man wird also annehmen dürfen, daß die Angabe der „N. A. 3.“ nicht auf Wahrheit beruht; es dürfte schwer sein, für jene Angabe auch nur den Wahrscheinlichkeits-, geschweige denn den Wahrheitsbeweis anzutreten. Zu welchem Zweck die ganze Behauptung aufgestellt wird, nachdem es sich doch nur um eine unabänderliche Vergangenheit handelt, ist nicht zu verstehen, wenn nicht ein neuer Feldzug geplant wird, wie derjenige, welcher zur Zeit der Thronbesteigung unternommen wurde. Damals konnte derselbe noch einen praktischen Zweck verfolgen. Jetzt wäre er nur ein Angriff an das hehre Andenken des theuren Verklärten, welchen diesmal hoffentlich das deutsche Volk mit noch größerer Uebereinstimmung zurückweisen wird als damals. Kaiser Friedrich war zwar sehr krank, aber sein Kopf und seine Hände waren im Vollbesitz ihrer Kraft. Wer seine schriftlichen Ausprüche und Anordnungen gesehen und gelesen hat, konnte nicht ahnen, daß diese festen schönen Schriftzüge, diese klaren, wohlgefügten Sätze von einem Schwerkranken ausgingen. Mit aller Pietät, die man seinem Vorgänger, dem hochseligen Kaiser Wilhelm, schuldet, darf man wohl sagen: es gab in seinen letzten Lebensjahren Zeiten, wo sein Gedächtnis und seine geistige Widerstandskraft nicht entfernt den Vergleich mit der Regierungsfähigkeit seines kranken Sohnes ausgehalten hätten. Aber das kann man allerdings behaupten: das Pflichtgefühl und die Selbstlosigkeit des edlen Dulders waren so groß, daß er nicht einen Augenblick geschwankt haben würde, eine Regentenschaft zu verlangen, wenn er sich regierungsunfähig gefühlt hätte. Daß er sie nicht verlangt hat, ist der beste Beweis dafür, daß sie nicht notwendig war. Die, welche ihn auch jetzt noch im Grabe — wäre es auch nur in seinen Nächsten und Vertrauten — herabwürdigend, haben ohne Zweifel nur beklagt, daß er viel regierungsfähiger sich bewiesen hat, als sie wünschten.“

Wir begrüßen es mit aufrichtiger Genugthuung, daß im national-liberalen Lager der Widerspruch gegen das schmachvolle Gebahren von auch national-liberalen Blättern und der übrigen Cartellpresse wächst und daß namentlich die „Nordd. Allg. 3tg.“, deren Treiben in dieser Affäre bei ihren officiösen Beziehungen doppelt selbstsam erscheint, von einem so gemäßigten Organe, wie die Münchener „Allgemeine Zeitung“ ist, eine solche Abfertigung erfährt. Es giebt, zum Glück, doch noch mehr Stätten, die den Sinn für Anstand und Takt noch nicht verloren haben, als die Berliner Officiösen zu glauben scheinen. Wohl ist denselben der conservative Preßchorus unisono nachgefolgt. Aber daß die Parole nicht überall bei den National-liberalen verjagt, beweist, daß auch hier das Gefühl dafür dämmert, daß eine solche unglücklich bedauerliche Bewegung, wie sie jetzt am frischen Grabe Friedrichs von rohen Händen entfesselt worden ist, nachgerade das Ansehen der deutschen Nation in den Augen des Auslandes auf das schwerste schädigen muß.

Ja, was soll Europa, was soll die Welt von einem Volke denken, bei welchem zu einem Zeitpunkt, wo die Blumen auf dem Sarge eines von der gesamten civilisirten Menschheit mit ungetheiltem Mitgefühl betrauten Monarchen noch nicht verwelkt sind, unter müßem Lärm in Abrede gestellt wird, daß derselbe regierungsfähig war? Wäre es ein Wunder, wenn man im Auslande die Deutschen, die doch allesamt dem hohenjollernschen Wäntzner auf dem Throne Liebe und Verehrung entgegenbrachten und namenlose Trauer über seinen Tod äußerten, nach solchen, das Andenken des toten Kaisers so schmachvoll verunglimpfenden Vorgängen entweder für elende Geuchler oder für undankbar und roh ohne Gleichen ansieht, wenn anders die in dieser Angelegenheit zu Tage tretenden Gefinnungen des Gros der Cartellpresse Gemeingut der Nation wären? Es ist traurig genug, daß in weiten Kreisen namentlich der ausländischen Deutschen die Information über den Verlauf der Dinge in Deutschland nur aus der „Allgemeinen Zeitung“ geschöpft wird, und es ist natürlich, daß die Gefinnungen dieses schon längst in seinen Charaktereigenschaften für uns genügend bekannten „Weltblattes“ weiterfließen bis in ferne Weltwinkel. Aber die auswärtigen Deutschen und das Ausland selbst mögen nicht unterlassen zu beachten, was unabhängige, frei und unbefangene denkende Organe sagen, und das Ausland möge überzeugt sein: das Volk in seiner Mehrheit weiß sich frei von der Niedrigkeit der Gefinnungen in den diese Hehe betreibenden Kreisen, und es ist entrüstet darüber, daß Cartellblätter unter Vortritt von officiösen Organen den deutschen Namen in die Gefahr, mit einem Schandfleck behaftet zu werden, gebracht haben.

### Ferien des Bundesraths.

Der Bundesrath hat nunmehr vorgestern seine letzte Sitzung vor den Ferien gehalten. Im Herbst werden die Arbeiten wieder aufgenommen, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß außer den immerhin doch zahlreichen laufenden Geschäften zu erledigen sind das Arbeiter-Altersversorgungsgesetz in zweiter, das Genossenschaftsgesetz in erster und zweiter Lesung, sowie der bis jetzt fertig gestellte Theil des bürgerlichen Gesetzbuches und der Reichshaushaltsetat, so erhellt, daß den Bundesrath eine sehr umfassende Thätigkeit erwartet. Man glaubt, daß die Arbeiten Anfang Oktober wieder aufgenommen werden.

### Der Cumberlander.

Die „Corresp. de l'Est“ erzählt, daß die Reise der Königin von England und der Prinzessin von Wales nach Berlin in engem Zusammenhange mit den Ansprüchen des Herzogs von Cumberland auf Hannover und Braunschweig gestanden und daß auch die Unterredung der Königin Victoria mit dem Reichskanzler diesem Gegenstande gegolten habe. Als Ergebnis dieser Unterredung wird die Verschleifung des Herzogs auf Hannover, die Rückerstattung des ihm vorenthaltenen Kapitals von nahezu 50 Millionen und die Anerkennung als Herzog von Braunschweig bezeichnet, während die Beförderung des Prinzenregenten von Braunschweig zum Feldmarschall als Entschädigung für den Verzicht auf die Regentenschaft hingestellt wird.

An alledem ist, wie uns aus Berlin geschrieben wird, kein wahres Wort; es ist kaum wahrscheinlich, daß in der Audienz, welche die Königin dem Reichskanzler gewährte, überhaupt von der Angelegenheit des Herzogs von Cumberland die Rede gewesen ist. Von einer Anwesenheit der Prinzessin von Wales anlässlich des Todes des Kaisers Friedrich in Berlin ist gleichfalls nichts bekannt geworden, und recht unglaublich und unwahrscheinlich klingt es, daß die Verleihung der Feldmarschallwürde an Prinz Albrecht in irgend einem Zusammenhange mit einem Verzicht auf die Regentenschaft in Braunschweig gestanden haben soll.

### Agrarische Petition.

Der unter specifisch agrarischer Protection stehende „Deutsche Bauernbund“ läßt gegenwärtig unter seinen Mitgliedern eine Petition an den Reichskanzler circuliren, in welcher derselbe gebeten wird, zur erfolgreichen Durchführung der Getreidezölle dahin wirken zu wollen:

1) daß die zollfreien Läger gänzlich aufgehoben werden, so daß der Getreidezoll an der Grenze unbedingt baar bezahlt werden muß;

2) daß die zollfreie Bearbeitung des ausländischen Getreides in den deutschen Mühlen aufgehoben muß;

3) daß an der Productenbörse das ausländische Getreide getrennt von dem inländischen notirt werden muß, daß ferner von beiden Seiten Normalmuster bei Zeitkäufen deponirt und zu Grunde gelegt werden müssen.

Der Bundesvorstand fordert zu ruhiger Agitation auf; es solle dafür Sorge getragen werden, daß auch Nichtmitglieder die Petition unterzeichnen. Ist dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß der „Deutsche Bauernbund“ von jetzt an ein eigenes Organ besitzt, nachdem — wie es in einer Mittheilung des Vorsitzenden Anauer-Gröbers wörtlich heißt — „der Herr Graf v. Mirbach auf unser Ansuchen sich in uneigennützigster Weise bereit erklärt, uns den „Deutschen Landboten“ unter der Voraussetzung zu überlassen, daß wir denselben in der bisher von ihm verfolgten politischen (!) Richtung zum Wohle der ländlichen Bevölkerung weiter führen würden.“ — Trotz dieses interessanten Geständnisses werden die Anauer und Genossen natürlich nach wie vor sich gegen den von liberaler Seite erprobten Vorwurf vermahnen, daß sie im Schlepptau der agrarischen Herren marschiren.

Der „Deutsche Landbote“ ist gestern unter folgenden neuen Titeln und Devisen: „Deutscher Bauern-Bund, vormalig Deutscher Landbote, ein Wochenblatt zur Wahrung der Interessen des Landmannes“, „Nur Einigkeit macht stark“, „Mit Gott begonnen ist halb gewonnen“ zum ersten Male erschienen.

### Die Gewerksvereine, insbesondere in Rheinland-Westfalen.

Die gemäßigte Arbeiterrichtung in Deutschland, welche hauptsächlich durch den Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) repräsentirt wird, hat auch im letzten Jahre ganz erhebliche Fortschritte erzielt, sowohl bezüglich ihrer inneren Einrichtungen, als ihrer äußeren Verbreitung. In fast allen Gewerksvereinen ist die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt worden, und wo diese schwierige und kostspielige Versicherung in Folge der Berufsverhältnisse noch nicht hat durchgeführt werden können, erfolgt für die arbeitslosen Mitglieder mindestens die so heilsame Zahlung der Ratenbeiträge, so daß ihnen in jedem Falle die statutarischen Ansprüche gewahrt bleiben. Im Frühjahr 1888 zählte der Verband in nahe an 1200 Ortsvereinen in allen Theilen Deutschlands 57 000 Mitglieder. Seitdem haben die, meist schon seit 1869 bestehenden 17 Gewerksvereine einen neuen Aufschwung genommen, indem sie theils mit eigenen Mitteln, theils mit Hilfe des Verbandes in den verschiedenen Provinzen agitatorisch thätig waren und überall fruchtbaren Boden für ihre gemeinnützigen Bestrebungen fanden. Insbesondere gilt dies für die hochindustriellen Provinzen Rheinland-Westfalen, wo schon in diesem Frühjahr 212 Ortsvereine bestanden. Hier setzte die Verbandsleitung in den letzten zwei Monaten von neuem mit Erfolg ein. Sie veranstaltete eine umfassende Vortragsreise, wie solche in dieser Ausdehnung und in der Zahl der entsandten Redner seit Bestehen der Gewerksvereine noch nicht stattgefunden hat. In 45 Orten haben die Herren Schriftföhrer Müller, Schuhmacher Bloch, Tischler Wulff, Schriftföhrer Dr. Pachnide und der Verbands-Anwalt Dr. Max Hirsch Vorträge über die Bestrebungen der Gewerksvereine gehalten und die Gesamtorganisation durch Stärkung der bestehenden und Gründung einer Anzahl neuer Vereine der verschiedensten Berufe wesentlich gefördert. Die Vortragsreisen haben auch diesmal ergeben, daß die weitesten Kreise der Arbeiter einer ruhigen Entwicklung der sozialen Verhältnisse und damit den gemäßigten Gewerksvereinen sich zuneigen. Es bedarf nur einer fort-

gesetzten Aufklärung der Arbeiter, um der Socialdemokratie mit Erfolg den Boden abzugraben. Hierzu hat die Agitation der Gewerksvereine in Rheinland-Westfalen erheblich mitgewirkt.

### Oesterreichische Ordensauszeichnungen für italienische Minister.

Einer telegraphischen Nachricht aus Wien zufolge hat der Kaiser von Oesterreich dem italienischen Ministerpräsidenten Crispi, dem Finanzminister Magliani und dem Handelsminister Grimaldi das Großkreuz des Leopoldordens verliehen. Wie die „Agenzia Stefani“ hinzufügt, hätte der österreichische Botschafter bei der Mittheilung der erfolgten Ordensverleihung an Crispi erklärt, die österreichische Regierung sei in hohem Grade befriedigt gewesen, die intimen Beziehungen zu Italien durch den Abschluß des neuen Handelsvertrages befestigen zu können.

### Russische Vorschläge zur Bulgarenfrage.

Wird Rußland neue Vorschläge zur bulgarischen Frage machen? Jeder derartigen Nachricht ist bisher das Dementi auf dem Fuße gefolgt. Aus Sofia wird neuerdings berichtet: „Botschaftsberichte aus Konstantinopel an die hiesigen ausländischen Agenturen bestätigen, daß demnächst ein russischer Vorschlag in der bulgarischen Frage zu erwarten ist. Kennt man auch daselbst den Vorschlag nicht genau, so ist doch sicher, daß Rußland Concessionen an den Fürsten Ferdinand nicht machen, sondern auf den alten Protesten basiren, diesmal einen Throncandidaten nominiren wird, dessen allseitige Annahme man erhofft.“

### Deutschland.

„Berlin, 6. Juli. Der Staatssecretär im Reichsamt des Innern, Staatsminister v. Bötticher, begab sich heute Abend mit dem Cultusminister v. Goltz und dem bairischen Gesandten und Bundesbevollmächtigten Grafen v. Lerchenfeld-Arföring zum Besuch der Ausstellung nach München, von wo die Herren am nächsten Dienstag hierher zurückkehren gedenken.“

„Berlin, 6. Juli. In der am 5. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretärs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung beschloß der Bundesrath u. a., der Resolution des Reichstages vom 23. Januar d. J. betreffend eine einheitliche Regelung der Dampfkesselegesgebung für das ganze Reich, keine Folge zu geben; dagegen wurde beschlossen, den Vorstehenden des Bundesraths eine Vorlage zur Herbeiführung gemeinsamer Grundzüge über die Genehmigung und Revision von Dampfkesselein, insbesondere Schiffsdampfkesselein und Lokomotiven, in den Bundesstaaten zu erlassen. Der Beschluß des Reichstages zu Petitionen wegen Regelung der Rechtsverhältnisse der Fabrikwerkmeister wurde dem Vorstehenden überwiesen. Den Innungsverbänden „Bund deutscher Aorbmacher-Innungen“ und „Centralverband deutscher Drechsler-Innungen und Fachgenossen“ zu Berlin ertheilte der Bundesrath auf Grund des § 104 h der Reichs-Gewerbeordnung die Fähigkeit, unter eigenem Namen Rechte, insbesondere Eigenthums- und andere dingliche Rechte an Grundstücken zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen, vor Gericht zu klagen oder verklagt zu werden. Von der Denkschrift des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften zu Leipzig, betreffend Begründung, Aufgaben und Grenzen des Verbandes der Berufsgenossenschaften, wurde Kenntnis genommen. Endlich wurde über die Zulassung von Ausnahmen von den Vorschriften über Einrichtung der Anlagen zur Anfertigung von Zündhölzern Beschluß gefaßt.“

\* [Moltke über die deutsch-österreichische Allianz.] Das ungarische Blatt „Naplo“ erzählt, die österreichisch-ungarischen Officiere, welche anlässlich der Thronbesteigung des deutschen Kaisers in Berlin weilten, wären auch vom Feldmarschall Moltke empfangen worden. Der greise Feldherr unterhielt sich sehr freundlich mit den Offizieren und sagte bezüglich des deutsch-österreichischen Bündnisses: „Wir halten fest an diesem Bündnisse und werden daran festhalten unter allen Umständen.“

\* [Bestrafung des Almosengebens.] Eine in dieser Art bisher noch nicht vorgekommene Anklage, nämlich wegen Almosengebens an einen Bettler, beschäftigte heute den Straßensatz des Rammersgerichts in der Revisions-Instanz. Auf Grund einer Streipspolizeiverordnung vom 1. April 1886, monach den Kreisinsassen die Verabreichung von Almosen an alle nicht ortsangehörigen Bettler bei Strafe verboten wird, war nämlich eine Frau A. zu Neumarkt angeklagt worden, indem sie dem bei ihr bettelnden fremden Schmied Boll 2 Pfennig als Almosen gegeben hatte. Das Schöffengericht, welches die betreffende Verordnung als ungesetzlichen Eingriff in die Freiheit des Privateigenthums erachtete, sprach die Frau A. frei, die Strafkammer in Breslau aber verurtheilte sie auf die Berufung des Amtsamts unter folgender Ausföhrung zu 1 Mk. Geldstrafe: Die betreffende Vorschrift steht mit der Freiheit des Privateigenthums nicht in Widerspruch, denn nach § 74 der Einleitung zum Allgemeinen Landrecht müssen einzelne Rechte und Vortheile der Staatsmitglieder den Rechten und Pflichten des gemeinsamen Wohles, wenn zwischen beiden ein wirklicher Widerspruch eintritt, nachstehen. Wenn daher ein Gemeindevorstand, um fremde Bettler von sich fern zu halten, seinen Insassen das Almosengeben an solche verbietet, so ist er dazu um so mehr berechtigt, als dadurch die einheimischen Bewohner keinen Nachtheil an ihrem Eigenthum erleiden. Der Einwand der Frau A., daß sie nicht gewußt, daß B. fremd sei, ist gleichgültig, da sie sich ja hätte erkundigen können, auch erschien sie nicht etwa von B. in einer Weise bedroht, daß sie sich im Nothstand befand.



Frau A. legte hiergegen bei dem Kammergericht Revision ein, deren Zurückweisung die Oberstaatsanwaltschaft u. a. noch mit dem Hinweis auf §§ 20—23 Theil II. Tit. 19 A. L. R., wonach sich die betr. Verurteilung auch rechtfertigen, beantragte, worauf denn auch der Senat erkannte, indem er hervorhob, daß die garantierte Freiheit des Privateigentums demnach eine Beschränkung im Interesse der Allgemeinheit nicht ausschliesse. Es handle sich hier übrigens nicht um eine Strafsache wegen Anlehnung zum Betribe oder dergleichen, sondern um Uebertretung einer Polizeiverordnung, die zum Schutz der Gemeinden gegen die überhand nehmende Bettel- und daraus folgende Unsicherheit erlassen ist.

**\* Kaiser Friedrich und die Genossenschaften.** Kaiser Friedrich schenkte, wie jedermann weiß, bereits als Kronprinz allen gemeinnützigen Bestrebungen stets sein lebhaftes Wohlwollen. In wirtschaftlichen Ueberzeugungen aber huldigte er dem Grundsatz der Selbsthilfe, wie er dies in seinem Erlasse vom 22. März d. J. deutlich genug zu erkennen gegeben hat. Den von Schulze-Delisch begründeten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und ihren erziehlischen Wirkungen auf die unteren Volksklassen widmete er volle Aufmerksamkeit. Wie hohe Anerkennung er dem Wirken des „Vaters der Genossenschaften“ zollte, bezeugte er noch bei dessen Tode (29. April 1883). Der Kronprinz und die Kronprinzessin sprachen in einem Schreiben vom 2. Mai der Frau Schulze in herzlichsten Worten ihr Beileid aus und fügten hinzu, daß es ihnen Bedürfnis sei, das Angehen des Verstorbenen zu ehren, dessen Leben in aufopfernder Selbstlosigkeit dem Wohle der arbeitenden Klassen gewidmet war.

Alljährlich einmal pflegte der Kronprinz, wenn er in Potsdam war, den daselbst wohnenden Anwalt der deutschen Genossenschaften zu empfangen, um sich von ihm Vortrag über die Fortentwicklung des Genossenschaftswesens halten zu lassen. Schulze mußte dabei auch für seine Bestrebungen für Reform des Genossenschaftsgesetzes die Teilnahme des Kronprinzen zu erwecken. Sorgsam verhielt es Schulze, daß über diese Audienzen etwas in die Öffentlichkeit gelangte. Vermuthlich meinte er, es könnte dem Kronprinzen verdacht werden, wenn er sich dem alten 48er Demokraten freundlich erzeigte.

Als sich gegen Schulze's Genossenschaften in der officiösen und conservativen Presse eine wachsende feindselige Stimmung zeigte, die in dem Antrage Achermann im Reichstage 1880/81 in gemäßigter Weise zum Ausdruck gelangte, wurde Schulze zum Kronprinzen gerufen. Vertraulich erzählte er mir anderen Tage, der Kronprinz habe ihn mit den Worten empfangen: „Herr Doctor, was geht vor, was will man unseren Genossenschaften?“ Der Kronprinz hatte in dem feindseligen Gebahren einflussreicher Kreise gegen „unsere“ Genossenschaften eine ernste Gefahr für dieselben erblickt. Schulze-Delisch, selbst damals ziemlich schwarzsehend, sagte mir: „Ich mußte ihn förmlich beruhigen, daß die Sache nicht so schlimm werden könne, und daß unsere Genossenschaften schon einen tüchtigen Sturm vertragen und doch obliegen würden.“

Zum letzten Male ward Schulze zum Kronprinzen im Sommer 1882 gerufen, und zwar in einer Zeit, wo sich dessen Familie auf Reisen befand und er selbst, sonstiger Gewohnheit entgegen, sich in Berlin aufhielt, statt im Neuen Palais — jetzt Friedrichskron — bei Potsdam. — Der Kronprinz war von Berlin gekommen und empfing Schulze-Delisch in der damals leer stehenden Villa Carlotta (früher Palais der Fürstin Cienkhi) am Eingange von Sanssouci, am grünen Gitter. Die Audienz dauerte etwa eine Stunde. Nach Beendigung derselben ging der Kronprinz mit Schulze fast eine halbe Stunde lang auf dem von Spaziergängern belebten Wege zwischen dem grünen Gitter und der Hofgärtnerei auf und ab — wie ein Augenzeuge mittheilt — Schulze nach seiner Weise sehr laut sprehend und mit lebhaften Handbewegungen, der Kronprinz aufmerksam zuhörend und zuweilen bei ihm besonders interessirenden Ausführungen Schücheln stehend bleibend.

Schulze sandte dem Kronprinzen stets seinen statistischen Jahresbericht über die Genossenschaften. Den letzten — für 1881 — empfing der Kronprinz Anfang September 1882. Dem Dankschreiben, welches er an Schulze richtete, hatte er eigenhändig die Versicherung beigefügt, daß er den Genossenschaften stets wie bisher sein warmstes Interesse entgegenbringen werde.

(Reichsfreund.) Rudolf Parisius.  
**\* [Preß-Prozess.]** Gegen die „Wind. Ztg.“ war eine Anklage wegen Majestäts-Beleidigung und Beleidigung des Reichskanzlers erhoben, weil dieselbe die Bewilligung der Vermehrung der Friedenssprägen auf 3 anstatt auf 7 Jahre als Vorwand für die Auflösung bezeichnet hatte. Die Strafkammer in Bielefeld hat am 4. Juli den Redacteur P. Leonardy freigesprochen.

**Homburg, 5. Juli.** Die Polizei hob eine geheime Socialistenversammlung im Vorort Eimsbüttel auf. Elf Personen wurden verhaftet. Zahlreiche Schriften sind beschlagnahmt worden. (A. S. 3.)

**Karlsruhe, 6. Juli.** Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden treten mit Rücksicht auf den bevorstehenden Besuch des Königs und der Königin von Sachsen in Stockholm morgen Nachmittag die Rückreise an.

**Leipzig, 5. Juli.** [Ein Bielgemänder.] Man schreibt der „Volksztg.“: Der ehemalige Reichstagsabg. Dr. Peter Klöppel, welcher vor einigen Monaten sich als Rechtsanwalt beim Reichsgericht hier niedergelassen hat, ist als Privat-Dozent des deutschen Staatsrechts an der Universität zugelassen worden und hat vorgestern seine Antrittsvorlesung gehalten. Klöppel war früher Redacteur der fortschrittlichen „Rheinischen Zeitung“ in Köln und gehörte im Reichstage und Abgeordnetenhaus der Fortschrittspartei an, trat dann aber den Nationalalliberalen bei und hat zuletzt in Jena als Rechtsanwalt und Privat-Dozent gelebt, zugleich als Mitarbeiter reactionärer Blätter, zum Beispiel der „Leipziger Zeitung“, thätig.

**Köln, 6. Juli.** Wie die „Köln. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, entbehrt das auch von uns nach der „Kreuzztg.“ wiedergegebene Gerücht, monach der Oberpräsident der Rheinprovinz v. Bardeleben sein Abschiedsgesuch eingereicht habe, der thatsächlichen Begründung.

**Wiesbaden, 6. Juli.** Der serbische Kriegsminister Protic und der Bischof Dimitrije sind zu Verhandlungen über Familienangelegenheiten mit der hier weilenden Königin Natalie eingetroffen.

**Dänemark.**  
**Kopenhagen, 6. Juli.** Der König und die Königin von Sachsen sind Abends 7 Uhr 20 Min.

hier eingetroffen. Am Bahnhofe wurden dieselben von der dänischen Königsfamilie, sämtlichen Ministern, den Gesandten Deutschlands, Rußlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika sowie den Spitzen der Civil- und Militärbehörden empfangen. Nachdem die Könige von Sachsen und Dänemark die Front der aufgestellten Ehrencompagnie abgedrückt hatten, wurde eine kurze Cour abgehalten, worauf sich die hohen Herrschaften nach Schloß Amalienburg begaben. (M. Z.)

**England.**  
**London, 6. Juli.** Der Kaiser der Schachkammer, Gofchen, erklärte, 40 Mill. der zur Conversion ausgerufenen 3procentigen Consols seien noch nicht convertirt worden; er beabsichtige, dieselben im Laufe dieses Monats zu kündigen und wegen Einlösung derselben in der nächsten Session ein Gesetz einzubringen.

**Schweden und Norwegen.**  
**Christiania, 5. Juli.** Das Storting beschloß mit 64 gegen 50 Stimmen, das beantragte Mißtrauensvotum gegen das Ministerium nicht zu verathen.

**Spanien.**  
**Madrid, 5. Juli.** Der deutsche Botschafter Frhr. v. Stumm überreichte der Königin-Regentin sein neues Beglaubigungsschreiben.

**Von der Marine.**

\* Die Kreuzer-Corvette „Ariadne“ (Commandant Capitän zur See Barandon) ist am 5. Juli cr. in Boston eingetroffen und beabsichtigt am 15. dess. Mts. wieder in See zu gehen.

**Aus den Einführungsbestimmungen zum bürgerlichen Gesetzbuch.**

In dem gestern bereits von uns zu einem Theile besprochenen zweiten Abschnitte des dem Bundesrath vorgelegten Einführungs-gesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch für das deutsche Reich werden nach den Abänderungen, welche infolge der Einführung des letzteren die Gewerbeordnung erfahren mußte, in den Art. 19 und 20 diejenigen Ergänzungen und Modificationen formulirt, welche mit den Gesetzen über die Freizügigkeit, sowie über die Organisation der Bundesconsulate und die Amtsrechte und Pflichten der Bundesconsuln vorgenommen werden mußten. Der Art. 21 bestimmt, daß das Gesetz, betreffend die vertragsmäßigen Zinsen vom 14. November 1867, aufgehoben wird. In den folgenden Art. 22—26 werden einzelne Vorschriften der Gesetze, betreffend die Eheschließung und die Beurkundung des Personenstandes im Auslande, über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit, über die Haftpflicht und über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten abgeändert.

Art. 26 lautet:  
„Die Vorschriften des § 44 des Reichs-Militär-gesetzes vom 2. Mai 1874 (welcher von den unter besonders erleichterten Formen zu vollziehenden leihwilligen Verfügungen der den Militär-gesetzen unterworfenen Personen in Kriegszeiten oder während eines Belagerungs-zustandes handelt, d. R.) finden entsprechende Anwendung auf die Personen, welche zur Besatzung eines in Dienst gestellten Schiffes oder Fahrzeuges der kaiserlichen Marine gehören, so lange das Schiff oder Fahrzeug außerhalb eines inländischen Hafens sich befindet, oder die Personen als Kriegsgefangene oder Geiseln in der Gewalt eines Feindes sind, ingleichen auf andere an Bord eines solchen Schiffes oder Fahrzeuges genommene Personen, so lange dasselbe außerhalb eines inländischen Hafens sich befindet und die Personen an Bord sind. Die Frist, mit deren Ablauf die leihwillige Verfügung ihre Gültigkeit verliert, beginnt an dem Tage, an welchem das Schiff oder Fahrzeug in einen inländischen Hafen zurückkehrt ist oder der Verfügung aufgehört hat, zu jenen zu gehören, oder als Kriegsgefangener oder Geisel aus der Gewalt des Feindes entlassen ist.“

In den Artikeln 27 bis 30 sind die nothwendig werdenden Umgestaltungen einzelner Bestimmungen des oben bereits erwähnten Reichsmilitär-gesetzes, des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung und des Gesetzes betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten der Civilverwaltung, wie der Angehörigen des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine fixirt.

Artikel 31 hat folgenden Wortlaut:  
„Ist auf Grund eines Reichsgesetzes dem Eigentümer einer Sache wegen der im öffentlichen Interesse erforderlichen Entziehung, Befschädigung oder Benutzung der Sache oder wegen Beschränkung des Eigentums eine Entschädigung zu gewähren und steht zur Zeit der Entziehung des Entschädigungsanspruches einem Dritten ein Recht an der Sache zu, für welches nicht eine besondere Entschädigung gewährt wird, so wird diesem Rechte auch der Entschädigungsanspruch unterworfen. Besteht das Recht in einer Hypothek, Grundschuld oder Reallast und ist die Entschädigung wegen Benutzung des Grundbuchs oder wegen Entziehung oder Befschädigung der Früchte zu gewähren, so finden die Vorschriften des § 1069 Abs. 1 des bürgerlichen Gesetzbuches entsprechende Anwendung. Besteht das Recht in einem Nießbrauche, so finden die Vorschriften über den Nießbrauch an einer auf Zinsen ausstehenden Forderung Anwendung. Wird durch die den Entschädigungsanspruch begründende Maßregel ein Recht an der Sache beeinträchtigt, welches in einer Forderung nicht bestehen kann, so hat der Eigentümer aus der ihm zu gewährenden Entschädigung dem Berechtigten wegen der Beeinträchtigung verhältnismäßigen Ersatz zu bieten. Dem Berechtigten steht wegen dieses Ersatzanspruches ein geschädigtes Pfandrecht an dem Entschädigungsanspruch des Eigentümers mit dem Range des beeinträchtigten Rechtes zu. Die Vorschrift des § 36 Abs. 4 des Gesetzes, betreffend die Beschränkungen des Grundeigentums in der Umgebung von Festungen, vom 21. Decbr. 1871 bleibt unberührt. Die Vorschrift des § 37 desselben Gesetzes wird aufgehoben.“

Der dritte Abschnitt des Einführungs-gesetzes behandelt, wie wir schon mitgetheilt, das Verhältniß des bürgerlichen Gesetzbuches zu den Landesgesetzen. Wir wollen für heute nur noch die ersten Bestimmungen desselben erwähnen. Nach Artikel 32 treten die privatrechtlichen Bestimmungen der Landesgesetze außer Kraft, soweit nicht in dem bürgerlichen Gesetzbuch oder in dem Einführungs-gesetze selbst bestimmt ist, daß sie in Kraft bleiben sollen. Artikel 33 verordnet, daß in Ansehung der Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familien sowie der Mitglieder der fürstlichen Familie Hohenzollern die Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches nur insoweit Anwendung finden, als nicht besondere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landesgesetze abweichende Bestimmungen enthalten. Nach dem Artikel 34 bleiben in Ansehung der Familienverhältnisse und der Güter der ehemals reichsfürstlichen seit 1806 mittelbar gewordenen Häuser, sowie des ehemaligen Reichsadels die Vorschriften der Landesgesetze, sowie nach Maßgabe der Landesgesetze die Vorschriften der Hausverfassungen unberührt. Unberührt bleiben desgleichen nach Artikel 35 die

Vorschriften der Landesgesetze über Familienfideicommiss und Lehen, einschließlich der allodificirten Lehen, sowie über die Stammgüter.

In den ferneren Artikeln des dritten Abschnittes werden diejenigen Landesgesetze aufgezählt, welche vom bürgerlichen Gesetzbuch unberührt bleiben.

Am 8. Juli.  
G.-A. 340, U. 829, **Danzig, 7. Juli.** M.-A. 35, M.-U. b. Lage.  
**Wetterausichten für Sonntag, 8. Juli.**  
auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.  
Bielefeld wolzig, bedeckt und trübe mit Regenfällen, theilweise heiter und klar, bei wenig veränderter Wärmelage und schwachen bis mäßigen Winden.

\* **[Neue Telegraphen-Anstalten.]** Am 9. Juli werden in Gr. Plesewitz (Kreis Marienburg) und Rheinfeld (Kreis Carthaus) mit den Orts-Postanstalten vereinigte Telegraphen-Anstalten mit Fernsprechbetrieb eröffnet.

\* **[Danzigs Volksschulen.]** Nach dem inzwischen erstatteten Bericht der städtischen Schuldeputation über das Schulwesen der Stadt Danzig im Jahre 1887 haben gegen das Vorjahr 223 Kinder mehr die Volksschulen besucht. Die nothwendige Folge war die Errichtung von zwei neuen Klassen. Von diesen ist eine (die 11.) der Rähmschule und eine als gemischte (16.) Klasse der Bezirkschule in Neufahrwasser zugelegt worden. Die gegenwärtige Zahl der Schulklassen beträgt 210. Dieselben werden von 6675 Anaben und 5833 Mädchen, zusammen 12 508 Schülern besucht, und zwar von 8463 evangelischen, 3955 katholischen und 90 jüdischen. Die Zahl der Lehrstellen ist um drei vermehrt worden (von 135 auf 138), nämlich zwei für die Schule in Langefuhr und eine für die Mädchenschule am Legenthor, woselbst die Umwandlung einer überzähligen Lehrerstelle in eine Lehrerstelle nothwendig war. Mithin sind jetzt 83 Lehrerinnen (gegen 84 im vorigen Jahre) an unseren Volksschulen angestellt.

Die von der Stadt für ihr gesamtes Schulwesen im Jahre 1887 gemachten Aufwendungen beliefen sich auf 643 865 Mk., wovon allerdings 184 711 Mk. durch Einnahmen aus der Schulverwaltung gedeckt wurden, so daß aus dem allgemeinen Steuerfond 459 154 Mk. aufzubringen waren.

\* **[Zur Ausschließung der Marienburger Feuerweh.]** von der Vorstellung beim Besuch der Kaiserin Victoria schreibt heute die conservative „Marienb. Ztg.“, welche zugleich als amtliches Kreisblatt des Herrn Landrath Döhring fungirt: „Die „Danziger Zeitung“ scheut natürlich nicht davor zurück, den Freudentag der Anwesenheit der Kaiserin in Marienburg, der hier ohne jeden Mißklang verlaufen, nachträglich zum persönlichen Angriff gegen einen politischen Gegner auszubringen.“

Der angeblich „persönliche Angriff gegen einen politischen Gegner“ ist bekanntlich von der unsern Wissens ganz unpolitischen Fachzeitschrift „Nordb. Feuerwehmann“ ausgegangen, und es überrascht einermassen, daß Herr Landrath Döhring auch deren politischer Gegner sein soll. Doch über jene kindische Verleumdung braucht man kein Wort weiter zu verlieren. Den in Rede stehenden Vorgang versucht das genannte landrathliche Organ so darzustellen, daß Herr Döhring über die Zulassung oder Nichtzulassung der Ketter vom 25. März garnicht zu entscheiden hatte. Es sei am Tage vor dem Eintreffen der Kaiserin „eine Einschränkung der vorzustellenden Persönlichkeiten etc. gewünscht und die vorzustellenden Personen bestimmt bezeichneter worden.“ Dem gegenüber schreibt man uns aus Marienburg in Uebereinstimmung mit den Angaben, welche uns bereits am Tage des Besuchs der Kaiserin auf unsere Nachfrage nach der Ursache des Fernbleibens der Feuerweh bei der Vorstellung im Remter gemacht wurden:

„Die zum Empfang nötigen Maßnahmen wurden durch das Landrathsamt getroffen und auch von demselben die Schloßkanten vertheilt. Herr Bürgermeister Schaumburg hatte demgemäß und auf Grund vorhergegangener Festsetzungen 54 Schloßkanten für die der Stadt Marienburg angehörenden Personen beantragt, aber am 8. Juni Mittags vom Landrathsamt mit einem kurzen Schreiben, welches auf ein königliches Rescript vom Jahre 1870 Bezug nahm, nur 11 Schloßkanten erhalten. Trodem wurden noch im Laufe des Tages eine Anzahl Schloßkanten durch das Landrathsamt an hiesige Persönlichkeiten, welche vielleicht auf Grund des erwähnten Rescripts, das den Empfang bei Besuchen der Mitglieder des königlichen Hauses regelt, zuzulassen waren, vertheilt, mit der Mittheilung bei und nach der Ueberschwemmung aber wenig oder garnicht zu thun gehabt hatten. Wenn sich nun auch die Freiwillige Feuerweh damit tröstet, daß der beste Lohn einer guten That das erhabende eigene Bewußtsein treuer Pflichterfüllung ist, so hat die Presse doch die Aufgabe, solche Vorkommnisse, die charakteristisch genug sind, nicht mit Schweigen zu übergehen, denn der Besuch der Kaiserin galt den Ueberschwemmungsgebiets, nicht den Herren Landräthen.“

\* **[Scharfschießen.]** Am nächsten Freitag, 13. Juli, Vormittags, wird das 1. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 128 in dem Terrain bei Müggau ein Gruppenstießen abhalten.

\* **[Herr Max Engelsdorff],** ein geborener Danziger, von seinen wiederholten Gastspielen am früheren Sommertheater in Zoppot als Darsteller flatter Bonvivantenfiguren vorthellhaft bekannt, ist — wie Berliner Zeitungen berichten — nach dort abholtem Gastspiel auf drei Jahre für das Hoftheater in Braunschweig engagirt worden.

\* **[Wettrennen.]** Die ursprünglich auf den 17. Juni festgesetzte gewonnenen Rennen des Danziger Jagd- und Reiter-Vereins finden nunmehr am Sonntag, den 8. Juli, Nachmittags 4 Uhr, auf dem großen Exercierplatz statt. Wie wir erfahren, sind verhältnismäßig zahlreiche Anmelbungen, auch von auswärtigen, eingelaufen und es versprechen in Folge dessen die einzelnen Rennen einen interessanten Verlauf zu nehmen. Die Eisenbahnverwaltung hat in bereitwilliger Weise einen Extrazug bewilligt, welcher, vom Hohenhor-Bahnhof abgehend, die Besucher rechtzeitig zum Rennen befördern wird.

\* **[Geebad Heubude.]** Wie bekannt, hat die Stadtcommune Danzig an Herrn Gastwirth Spedti in Heubude die Berechtigung verpachtet, dort am Strande ein Geebad einzurichten. Dasselbe ist nunmehr angelegt und concessionirt und soll von morgen ab in Benutzung genommen werden.

\* **[Strafhammer.]** Als gefährliche Spitzbuben und Einbrecher zeigten sich trotz ihrer Jugend der Laufbursche Carl Gottfried Groß und der Schlosser Eugen Carl Schulz, welche heute vor der Strafhammer standen. Sie haben in der Zeit von Ende April bis Ende Mai nicht weniger als 13 Diebstähle verübt und die verschiedensten Sachen, wie Wein, Cigarren, Kleider, werthvolle Cigarrenspitzen, Gold- und Silberwaaren und ca. 430 Mk. bares Geld gestohlen. Hierbei gingen die beiden Burschen so raffiniert zu Werke, daß sie nach einem größeren Silberdiebstahl nach Berlin fuhren, um dort ihre Beute zu veräußern, und zur Erlangung des nötigen Reisesgeldes einen neuen Einbruch verübten. Da der Laufbursche Groß die bei den hiesigen Geschäften üblichen Arbeitszeiten ganz genau kannte und wußte, wann das Geschäftspersonal abwesend war, so wurden

die Diebstähle vorwiegend in Comtoirs verübt, in welche die Angeklagten mit Hilfe eines vom Schlosser Schulz gefachigt gehandhabten Dietrichs leicht Eingang fanden. Endlich erreichte sie am 30. Mai das Schicksal. Sie waren eben in das Comtoir des Kaufmanns Sommerfeld eingebrochen, als der Comtoirdiener hinzukam und sie überraschte. Es gelang ihnen zwar zu entkommen, doch waren sie erkannt worden und wurden am nächsten Tage verhaftet. Die beiden Angeklagten waren im wesentlichen geständig. Der Gerichtshof verurtheilte den Schulz zu 7, den Groß zu 5 Jahren Zuchthaus. — Die letzte Anklage, welche die Strafhammer heute beschlagnahmt, war gegen den ehemaligen Agenten, jetzigen Destillateur Segler aus Danzig wegen Betruges gerichtet. Der Angeklagte hatte unter dem Namen Kummer ein Zimmer gemiethet und sich hierbei als einen Beamten der Marienburg-Malanhaer Bahn ausgegeben. Als er am nächsten Tage die Miethse und die vereinbarte Pension pränumerando zahlen sollte, ließ er sich unter dem Vorwande, seine Sachen holen zu wollen, 2 Mk. und verschwand. Dierjeen Tage später miethete er wiederum ein Zimmer, wobei er anfangs angab, er werde in das Geschäft von G. Springer treten; später erklärte er, er würde bei der Regierung gegen 4 Mk. Mäthen beschäftigt werden. In dieser vorgespiegelten Eigenschaft als Gerichtsschreiber versprach er ferner einem Schiffsfahrer Aminski eine ihm noch fehlende Restsumme zum Kaufe eines Grundstücks zu besorgen. Aminski gab ihm 150 Mk., die der Angeklagte zu einer angeblichen Reise nach Braunk forderte, die er aber niemals gemacht hat. Als Aminski endlich merkte, daß der Angeklagte ihm das Geld nicht verschaffen könne, hat er sich mit ihm nicht weiter abgegeben. Da der Angeklagte schon mehrfach vorbestraft war, so erkannte der Gerichtshof auf ein Jahr Gefängnis.

**[Polizeibericht vom 7. Juli.]** 1 Arbeiter, 1 Steinmeh, 1 Bäcker wegen groben Unfugs, 1 Junge wegen Diebstahls, 1 Zimmergeselle wegen Verhinderung der Arretirung, 2 Obdachlose, 1 Bettler, 7 Dirnen. — Gefchloßen: 4 lebende Tauben. — Gefunden: 1 Stihkissen, 1 Päckchen mit Damenkragen, 1 Paar Strümpfe, 1 Auktionsbuch, 1 Taschenuhr, 1 Schlüssel und 1 Kinderkragen, 1 Taschentuch, 1 Schnepfer, mehrere Werthpapiere; abzuholen von der Polizei-Direction.

\* Dem Gemeinbesuchlehrer Dr. Rank aus Bromberg ist die commissarische Verwaltung der Kreis Schulinspection Carthaus II. übertragen worden.

\* **Marienburg, 6. Juli.** Die Arbeiten am Eisenbahnbrückenbau sind in den letzten Wochen lebhaft gefördert worden, so daß die vorläufig nötigsten Erdarbeiten als vollendet zu betrachten sind. Auch mit dem Herstellen der neun Pfeiler über den Schloßkop sind wesentliche Fortschritte gemacht, da vier derselben bis auf den oberen Steinbelag fertig sind. Die Hauptthätigkeit concentrirt sich jetzt auf den ersten Land- und ersten Wasserpfeiler der Mogat. Mittels mehrerer Hand- und Dampfmaschinen werden die Pfeilerwände hergestellt, welche Arbeit noch etwa 3 Wochen in Anspruch nehmen dürfte, und es kann dann die Bodenschüttung zur Fundamentierung des eigentlichen Pfeilers erfolgen. In diesem Baujahre hofft man die begonnenen Mogat-, als auch sämtliche Schloßkopfpfeiler fertig zu stellen. — Behufs Freilegung des Schloßes ist heute durch den Schloßbaufiscus das der Frau Wittne Braunschweig gehörige, auf dem Schloßhof belegene Haus für den Preis von 5800 Mk. angekauft. Die Auszahlung des ganzen Kaufgeldes erfolgt bereits am 1. August. — Zur Verbesserung des Mogatbammes an der Vorstadt Calbome soll der nach dem Flusse führende Abweg verlegt werden. Es ist dazu die Erbauung eines festen Wasserthores und der Ankauf der zunächstliegenden Grundstücke in Aussicht genommen.

**Eibing, 6. Juli.** Heute Nachmittags wird das erste der auf der Schloßhau'schen Werft erbauten doppel-schraubigen Torpedo-Katzen nach Pillau abgehen, um von dort aus auf der See die vorchriftsmäßigen Probefahrten zu beginnen. Es soll bei diesen Fahrten die bisher nicht erreichte Geschwindigkeit von 26 Knoten, ungefähr 6 1/2 deutsche Meilen, in der Stunde erzielt werden. (Eib. 3.)

**Graudenz, 6. Juli.** Zwei Beamte haben sich im Auftrage der Staatsanwaltschaft von hier nach Hamburg begeben, um den von Amerika ausgewiesenen Stadtkassenrentanten Vogel in das hiesige Gefängnis zu bringen. (Ge.)

\* Der Referendarius John Hoestmann in Marienwerder ist zum Gerichtsassessor und der Gerichts-Assessor Hirschfeld in Stolp zum Amtsrichter ernannt worden. **Thorn, 5. Juli.** Auf dem Schloßlande des 21. Infanterie-Regiments ereignete sich ein Unglücksfall. Während des Schießens fiel eine der Mannschaften um, und der in Deckung liegende Anzeiger sprang, ohne das Warnungszeichen zu geben, vor, um die Scheibe wieder aufzurichten. In demselben Augenblick krachte ein Schuß, und der Anzeiger sank, in den Unterleib getroffen, zu Boden. An seinem Aufkommen wird geweißt.

\* **Königsberg, 6. Juli.** Der ostpreussische Provinzial-Ausschuß hat heute die Amtsanüberlegung des Herrn Landesdirector v. Gramsch genehmigt und das bejüngliche Schreiben des Herrn v. G. durch ein warmes Anerkennungs-schreiben beantwortet. Zur Vorbereitung der Wiederbesetzung der Stelle wurde eine aus drei Mitgliedern des Provinzial-Ausschusses bestehende Commission eingesetzt. Man glaubt, daß die Einberufung eines außerordentlichen Provinzial-Landtages zu Anfang October beantragt werden wird.

**Caafeld, 6. Juli.** Unter nun bald von der Bahn durchkreuzter und damit dem Verkehr erschlossener Kreis — die Vorarbeiten zum Bahnbaue haben bereits begonnen — soll am nächsten den Velocipedisten verschlossen werden. Nach einer Bekanntmachung des Landratsamtes sollen durch diesen Sport Belästigungen für den öffentlichen Verkehr und eine Gefährdung des Publikums nicht nur auf den städtischen Straßen, sondern auch auf Chausseen und Landstraßen herbeigeführt sein, und die Drivostvorstände werden deshalb zum Bericht aufgefordert, ob eine Polizeiverordnung zur Beschränkung dieses Fahrverkehrs erforderlich wäre.

**Tilfit, 5. Juli.** Heute Nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr hat sich der Wachmeister Schüller der 1. Escadron des hiesigen Dragoner-Regiments durch einen Karabinerschuß in das Gehirn erschossen. Aus einem Brief des Verstorbenen an seinen Rittmeister geht hervor, daß Gemüthserschütterung die Todesursache gewesen ist. Die angegebene Todesursache ist um so wahrscheinlicher, als auch seine Mutter im Jrennhaue lebt und unter Vormundschaft steht.

**Mehlau, 5. Juli.** Heute Mittag zog ein ziemlich heftiges Gewitter über unsere Stadt, welches sich vornehmlich im nordwestlichen Theile des Kreises entlud, wo der Bliz auch stellenweise geadet hat. So sind auf einem Gute im Kirchspiel Cremitten 17 Schafe in den Flammen umgekommen, welche der Bliz in einem massiven Stalle mit Schuppen, in welchem schon ein bedeutendes Quantum diesjähriger Miefenheun aufgespeichert war, entfacht hatte. In Warenen sind eine Scheune und ein Stall niedergebrannt. Eine alte Frau, welche auf dem Wege zwischen Feritten und Eibenberg thörichterweise unter einem Baume Schutz vor dem Regen suchte, wurde von dem in diesen Baum fahrenden Blizstrahl bestrahlt und kam noch mit dem bloßen Schreck davon. In Kalchbruch sollen zwei Kinder auf dem Wege vom Bliz erschlagen worden sein. (A. S. 3.)

**Bermischte Nachrichten.**

\* **Frankfurt a. M.** Auf das Preisaus-schreiben des Sängerkreises des Frankfurter Lehrervereins hin sind 175 Chöre aus allen Theilen Deutschlands, aus Oesterreich, der Schweiz, Holland u. s. w. eingegangen. Den Ehrenpreis (200 Mk.) erhielt Richard Seiff, in Berlin, für seinen achtstimmigen Chor: „Nachtreise“ von Uhlund; den zweiten Preis (100 Mk.) Hermann Franke, Musikdirector in Sorau, für seinen Chor: „Zugabie“ von Heine; weitere Preise (musikalische Prämien) erhielten Gustav Schreck, Lehrer am Conseruatorium in Leipzig, für seinen Doppel-Canon, „Am Strande“ von R. Fuchs und Robert Schmalz, Musikdirector in Königsberg, für seinen Chor: „Hoffnung“ von E. Geibel. Die Chöre bleiben Eigenthum der Componisten.







